



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 9. Dezember 2020

Von Wolfgang Liedtke

Zum letzten Mal fand sich der Grosse Gemeinderat (GGR) in der Tüfihalle ein, um das Budget für 2021 zu beraten und zu beschliessen. Die kommenden Sitzungen werden in der Zurich International School durchgeführt werden.

Mitteilungen

Stadtrat Felix Keller (parteilos) informierte über das Vorhaben der Swiss Re, auf ihrem Sportgelände im Tal 235 Wohnungen auf mittleren und tiefen Mietzinsniveau zu erstellen. Dazu muss die Bauzone von W2 auf W3 umgewandelt werden. Es sind gemäss vorliegendem Entwurf fünf Baukörper mit vier bis sechs Geschossen vorgesehen. Die Zufahrt soll über die Riferstrasse realisiert werden.

Stadträtin Susi Senn (FDP) informierte über den Weggang von Polizeichef Harald Minich nach zehn Jahren Dienst in Adliswil.

Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) gab erste Informationen zur Entwicklung des neuen Velo- und Fussgänger-Verkehrskonzept und kündigte den Einbezug der Interessengruppen, unter anderem diverser Vereine und der Ortsparteien, an.

Ausserordentliche Fragestunde

Neues Stadthaus – Ausgaben für Rechtsgutachten – Ausgaben für externe Juristen – Entwicklungsgebiet Zentrum Süd – Lärm an der Bucheneggstrasse

In den Sitzungen mit Budgetberatung gibt es jeweils eine ausserordentliche Fragestunde. Die Gemeinderäte haben allerdings von der erweiterten Möglichkeit des Fragenstellens keinen Gebrauch gemacht. Es wurden weniger Fragen gestellt als in Fragestunden vor Einbürgerungen, bei denen es mehr Zuschauer auf der Tribüne gibt.

Vera Buchmann-Bach (FDP) wollte wissen, ob die Gerüchte stimmen, dass der Platz im neuen Stadthaus nicht für alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung reichen würde. Stadträtin Karin Fein (FW) dementierte dies entschieden.

Urs Künzler (SVP) erkundigte sich, wie viele Rechtsgutachten die Stadt im Jahr 2020 in Auftrag gegeben hatte und was diese gekostet hatten. Insbesondere interessierten ihn die Kosten für ein Gutachten, mit dem der Stadtrat abgeklärt hatte, inwieweit er Motionen, die er nicht für motionsfähig hält, entgegennehmen muss. Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) wies einleitend darauf hin, dass es keinen festangestellten Juristen in der Adliswiler Verwaltung gebe, und antwortete, dass Gutachten im eigentlichen Sinne selten eingeholt würden. Die Stadt gebe aber regelmässig Rechtsabklärungen in Auftrag, im Jahr 2020 für insgesamt ca. 90'000 Franken. Das Memorandum bezüglich der Motionen habe 5'900 Franken gekostet.

Wolfgang Liedtke (SP) bezog sich auf eine Aussage von Stadträtin Karin Fein während einer Sitzung der Rechnungsprüfungskommission, dass die Stadtverwaltung bei öffentlichen Ausschreibungen jeweils einen externen Juristen herbeiziehen müsse, was im Durchschnitt Kosten von ca. 50'000 Franken nach sich zöge. Er wollte vom Stadtrat wissen, ob ihm die Ausbildungsmöglichkeiten im Beschaffungswesen beim Bundesamt für Logistik und in der Universität Bern bekannt sei und ob der Stadtrat sich vorstellen könne, in Zukunft dort Mitarbeitende der Verwaltung ausbilden zu lassen, um die Ausgaben für externe Juristen zu senken. Stadträtin Karin Fein (FW) erwiderte, dass das Bildungsangebot bekannt sei. Es gebe keine zentrale Beschaffungsstelle in der Stadtverwaltung, jedes Ressort handle dort unabhängig. Die Einführung des neuen Beschaffungsrechts Anfang 2021 werde aber ressortübergreifend durchgeführt. Sie wies auf die kostenlose Rechtsberatung des kantonalen Gemeindeamtes hin und stellte klar, dass externe Juristen nur im Falle von

juristischen Auseinandersetzungen beigezogen würden. Sie widersprach damit ihrer eigenen Aussage vor der Rechnungsprüfungskommission, ohne diesen Widerspruch weiter zu erläutern.

Esen Yilmaz (SP) erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Planungen im Quartier Zentrum Süd (das Gebiet zwischen der Migros und der Rampe zur Sihltalstrasse), über die nächsten Schritte und über die Situation der Mieter in diesem Quartier. Stadtrat Felix Keller (parteilos) informierte darüber, dass es eine Planung für eine mehrere Parzellen umfassende Überbauung durch einen Architekten gebe und dass er die Baueingabe Mitte 2021 erwarte. Im südlichen Bereich des Quartiers sei ein Gestaltungsplanentwurf zweier Eigentümer in Vorbereitung, im nördlichen Bereich gebe es erste Gespräche über ein Neubauvorhaben. Zur Situation der Mieter könne er keine Auskunft geben. Er wisse aber, dass ein Vermieter seine Mieter vor zwei Jahren über die anstehenden Mietkündigungen informiert habe.

Der Gemeinderatspräsident erlaubte ausserdem mündliche Fragen. Wolfgang Liedtke (SP) nutzte die Gelegenheit, um Fragen zur Petition der Anwohner der Bucheneggstrasse wegen der Lärmbelästigung durch zu schnell fahrende Verkehrsteilnehmer an den Wochenenden zu stellen. Er stellte klar, dass er das Anliegen unterstütze, und wollte wissen, ob die Stadt Adliswil in dieser Sache mit den Gemeinden Langnau und Stallikon in Kontakt gestanden habe und ob sich der Stadtrat vorstellen könne, nochmals auf seine Antwort an die Petenten zurückzukommen, um gemeinsam mit den Anwohnern und den zuständigen kantonalen Stellen nach einer Lösung zu suchen. Stadträtin Susi Senn (FDP) wies in ihrer Antwort darauf hin, dass es sich um eine Strasse in kantonaler Zuständigkeit handle. Sie sehe zurzeit keinen Handlungsbedarf. Lärmklagen habe es zum ersten Mal in diesem Jahr gegeben. Es sei aber ein spezieller Sommer mit beschränkter Mobilität gewesen und man müsse abwarten, ob sich die Situation nach Abklingen der Pandemie nicht wieder normalisiere.

Ersatzwahlen für die Einbürgerungskommission

Nach zwei Rücktritten aus dem Grossen Gemeinderat – sie betreffen ein Mitglied (CVP) und den Präsidenten der Einbürgerungskommission (SVP) – schlug die Interfraktionelle Konferenz des GGR zur Wahl den Gemeinderat Urs Künzler (SVP) als Präsidenten der Einbürgerungskommission vor. Der Kandidat wurde ohne Gegenkandidaten gewählt. Die Ersatzwahl für das austretende Mitglied der CVP soll Anfang 2021 geschehen. Ausserdem hat die SP Umbesetzungen in der Sachkommission und in der Geschäftsprüfungskommission beantragt, welche noch nicht behandelt wurden.

Finanz- und Aufgabenplan 2020 - 2024

Im Finanz- und Aufgabenplan legt der Stadtrat seine mittelfristige Finanzplanung, unter anderem die Investitionsplanung und die Prognose zu den Steuereinnahmen, vor. Seine Erstellung liegt ausschliesslich in der Kompetenz des Stadtrates, er kann vom Parlament nur zu Kenntnis genommen, aber nicht genehmigt werden.

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Thomas Iseli (FDP), eröffnete die Debatte mit einer Würdigung des Finanz- und Aufgabenplans. Er erwähnte die noch ausstehenden grossen Bauinvestitionen, stufte die finanzielle Lage der Stadt aber trotzdem nicht als besorgniserregend ein. In Bezug auf die vergangenen Investitionen in Informationstechnologie vertrat er die Ansicht, dass die Stadtverwaltung und die Schule auf die Pandemie nicht optimal vorbereitet waren. Er übergang dabei, dass in der Vergangenheit bei Investitionen der Schule in Informatikmittel neben der SVP auch die FDP jeweils vor zu hohen Ausgaben warnte und eine Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit Informatikmitteln häufig ablehnte.

Zur Situation bezüglich Steuereinnahmen und Verschuldung riet Thomas Iseli dazu, den Selbstfinanzierungsgrad bei den Investitionen anzupassen. Im Finanz- und Aufgabenplan hatte der Stadtrat allerdings bereits angekündigt, dass er wegen des hohen Investitionsbedarfs den bisherigen Selbstfinanzierungsgrad von 20 Prozent nicht beibehalten

können wird. Iseli wies auf die steigenden Abschreibungen hin, erinnerte aber daran, dass in den letzten Jahren die Ausschöpfungsquote bei den geplanten Investitionen um 70 Prozent lag und deshalb von niedrigeren Abschreibungen auszugehen sei. Er erinnerte daran, dass wegen des Wegzugs der Swiss Re aus Adliswil die Steuereinnahmen und Steuerauscheidungen in den kommenden Jahren signifikant abnehmen werden. Er kritisierte den Plan für das Budget 2022, neben einer Entnahme von 3 Mio. Franken aus der finanzpolitischen Reserve ausserdem den Steuerfuss um zwei Prozent anzuheben. Seiner Ansicht nach stünden die Finanzen auf einem soliden Fundament und die Attraktivität von Adliswil steige stetig, so dass von einem weiteren Wachstum auszugehen sei.

Marion Senn (FDP) stimmte der Einschätzung des Stadtrates zu, dass die mittelfristige finanzielle Zukunft herausfordernd sei. Er zitierte die kantonale Volkswirtschaftsdirektion und stellte fest, dass es wegen der Corona-Pandemie im Kanton Zürich einen geschätzten Wohlstandsverlust von 16 Mrd. Franken gebe. Dies wirke sich auf die Steuereinnahmen, aber auch auf die Kaufkraft und damit auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung aus. Steuerhöhungen seien in dieser Situation kontraproduktiv, weil schädlich für eine wirtschaftliche Erholung. Seiner Ansicht nach sollte man Investitionen nicht nur zeitlich strecken, sondern überhaupt in Frage stellen. Wie bei jeder Debatte über Finanzpolitik kritisierte Mario Senn erneut die Annahme der Initiative von SP und Grünen, die den Verkauf städtischen Landes untersagt. Dadurch entgingen der Stadtkasse 15 Mio. Franken. Konsequenterweise müsse man nun die Ausgaben reduzieren.

Wolfgang Liedtke (SP) betonte im Gegensatz zu seinen Vorrednern die Notwendigkeit, die Attraktivität von Adliswil trotz angespannter finanzieller Lage weiterhin zu steigern.

Der Stadtrat hat uns den neuen Finanz- und Aufgabenplan 2020 – 2024 vorgelegt. Vielen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben. Das Dokument ist nach meinem Empfinden übersichtlicher und verständlicher als frühere Ausgaben. Die erläuternden Texte sind ausführlicher.

Der vorgelegte Finanz- und Aufgabenplan zeigt uns das Aufziehen von Wolken am fiskalischen Horizont. Noch scheint die Wetterentwicklung nicht klar. Zieht eine Kaltfront durch, auf die dann wieder Schönwetter folgt? Oder wendet sich die gesamte Grosswetterlage zum schlechteren und die finanzpolitische Schönwetterperiode ist damit beendet?

Wie soll man den Prognosen der Wetterfrösche vertrauen, wenn sie damit in der Vergangenheit regelmässig daneben gelegen haben? Budgetiert war jeweils ein mehr oder weniger ausgeglichener Haushalt, regelmässig waren die Jahresergebnisse um sieben- bis achtstellige Beträge höher ausgefallen. Bedeutet das, dass die düsteren Aussichten ab dem kommenden Jahr auch wieder Ausdruck von Zweckpessimismus sind? Zumindest für das Jahr 2020 scheinen die Prognosen für einmal zu positiv gewesen zu sein, wie wir dem in der vergangenen Woche versandten Zwischenbericht von Herrn Rotonda entnehmen konnten.

Wir kennen einige der Faktoren, welche zu den sehr positiven Ergebnissen der vergangenen Jahre geführt haben: eine brummende Wirtschaft, hohe Steuerauscheidungen, sich verzögernde Investitionen, Landverkäufe in Höhe von 15 Mio Franken. Diese Faktoren haben unsere finanzielle Situation so sehr aufgehübscht, dass sogar noch genug Spielraum für zusätzliche Abschreibungen vor Einführung von HRM2 vorhanden war.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die genannten Faktoren mit der Frage im Hinterkopf, ob sie unser Wetter auch in der näheren Zukunft positiv beeinflussen werden.

Die grossen Investitionen sind ab 2022 oder etwas später mehrheitlich abgeschlossen. Zeitliche Verschiebungen von Bauvorhaben werden also keine positive Wirkung mehr auf unsere Jahresrechnungen haben. Landverkäufe in grösserem Umfang werden auch nicht mehr möglich sein. Übrigens, Mario: Der Erfolg der Initiative hat das Ende dieses nicht nachhaltigen Haushaltsfinanzierungsmodells nur früher beendet. Nach dem Verkauf des Stadthausareals und der Baugrundstücke im Dietlimoos wäre der städtische Boden innerhalb der Siedlungszone mehr oder weniger ausverkauft gewesen. Hinsichtlich der Wirtschaft können wir hoffen, dass nach Beendigung der Pandemie eine Erholung eintritt. Die positiven Überraschungen über die hohen Steuerauscheidungen werden allerdings in Zukunft Vergangenheit sein. Der grösste juristische Steuerzahler wird Adliswil bald endgültig verlassen haben. Und es könnte noch schlimmer kommen: Die Entscheidung der Generali

zum Stellenabbau ist auf 2022 verschoben worden. Im Extremfall steht bis dahin auch die Möglichkeit im Raum, das der Standort Adliswil geschlossen wird.

Der vom Stadtrat im Aufgaben- und Finanzplan formulierten Hoffnung, es könne einen Ausgleich der dadurch erzeugten Steuerausfälle durch den Zuzug natürlicher Personen geben, kann ich nicht zustimmen. Um wie viele Einwohner müsste Adliswil dann wachsen? Soll sich Adliswil zur grössten Schlafstadt des Kantons entwickeln? Falls ja, dann hat die Schulraumplanung diese Strategie jedenfalls noch nicht abgebildet.

Der Wegzug der Swiss Re ist seit ziemlich genau 5 Jahren dem Stadtrat bekannt. Die SP und die Grünen haben Anfang 2016 auf die Konsequenzen hingewiesen und sich erkundigt, welche Schritte der Stadtrat unternimmt, um neue Unternehmen nach Adliswil zu holen. Vor einigen Wochen haben Mario Senn und andere in einer Motion die Ausarbeitung einer Wirtschaftsstrategie gefordert. Wir hätten eigentlich erwarten können, dass sie bereits vorher vorlag. Bei uns hat sich der Eindruck verfestigt, dass die Standortförderung nicht die erforderliche Priorität beim Stadtrat geniesst. Oder aber er informiert das Parlament nicht vollständig über seine Aktivitäten in diesem Bereich.

Kehren wir zurück zur Wetterentwicklung. Eine Schlechtwetterfront für das kommende Jahr ist angekündigt. Der Stadtrat schlägt eine Steuerfusserhöhung für 2022 um zwei Prozentpunkte vor. Die SP hatte bei den Steuerfussenkungen 2017 und 2018 davor gewarnt, dass sie damals voreilig erfolgten und die erneute Erhöhung des Steuerfusses absehbar ist. Ich will jetzt nicht für uns in Anspruch nehmen, dass wir alles richtig vorausgesehen haben. Sieht man die letzten drei Jahresrechnungen an, dann kann man die Ansicht vertreten, dass die Steuerfussenkungen berechtigt waren. Was uns bei der Jahresrechnung 2020 möglicherweise Sorgen bereiten wird, sind die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, die eine Senkung der Steuereinnahmen um schätzungsweise 6,5 Prozent verursachen könnte. Hinzu kommen die Auswirkungen der Steuervorlage 17, welche im September 2019 vom Volk angenommen wurde und tiefere Steuereinnahmen von juristischen Personen bedeuten wird. Und – wie gesagt - der Wegzug der Swiss Re.

Andererseits wird es nach der Annahme des Zusatzleistungsgesetzes vor zwei Monaten eine Entlastung der Stadtkasse im Sozialbereich geben. Die Annahme des Strassengesetzes bedeutet zusätzliche Mittel für den Strassenunterhalt und -bau für Adliswil. Die grossen Bauinvestitionen werden wir gemeistert haben, die Abschreibungen dafür werden allerdings zu tragen sein. Die Einwohnerzahl wird noch weiter wachsen. Die SP-Fraktion begrüsst grundsätzlich die Pläne der Swiss Re, im Tal 235 Wohnungen im mittleren und unteren Preisniveau zu erstellen - vorbehaltlich der Gestaltung der Überbauung und der notwendigen Anpassungen der Bauzonenordnung. Auch die Entwicklungspläne für Lätten sind notwendig und richtig. Das in Adliswil bereits ansässige Gewerbe braucht Raum für seine Weiterentwicklung – siehe das Beispiel Hilti. Eine Verlagerung des Gewerbes an die Autobahn kann die Abwanderung von Unternehmen verhindern und Anwohner am Soodring und in der Umgebung der Tüfi von Emissionen und Verkehr entlasten. Allerdings fordert die SP im Sinne von ProNatura Zürich, WWF Zürich und Bird Life Zürich, dass die ökologische Vernetzung im Lätten gewährleistet bleibt. Auch müssen berechnete Anliegen der Anwohner hinsichtlich Emmissionsschutz und Vermeidung von Mehrverkehr im Wohnquartier berücksichtigt werden sowie Grünflächen erhalten bleiben.

Adliswil muss ein attraktiverer Wohnort werden. Das verbietet Leistungskürzungen, denn im Vergleich zu vielen Gemeinden gleicher Grösse bietet die Stadt Adliswil jetzt schon in vielen Bereichen wenig. Und die Attraktivitätssteigerung erfordert eine Aufwertung des Ortskerns, wie von der Bevölkerung immer wieder gefordert: einen attraktiveren Bruggeplatz und ein Stadthausareal zur Nutzung durch die Bevölkerung – vielleicht sogar mit Stadtsaal.

Kehren wir nochmals zur Wetterprognose zurück. Ist Schlechtwetterkleidung erforderlich oder nicht? Beziehungsweise brauchen wir eine Steuerfusserhöhung oder nicht – und wenn ja, dann zu welchem Zeitpunkt?

Für 2021 sicher nicht, das liesse sich gegenüber den Steuerzahlern nicht rechtfertigen und würde die wirtschaftliche Erholung erschweren. Was den vom Stadtrat vorgeschlagenen Termin 2022 angeht, so bezweifle ich, dass sich wenige Monate vor den Stadtrats- und Gemeindewahlen eine Partei dafür aussprechen wird, den Steuerfuss zu erhöhen, wenn die

Situation nicht ausgesprochen düster ist. Für 2023 will sich die SP-Fraktion noch nicht festlegen – zu ungenau sind die Wetterprognosen über einen so langen Zeitraum.

Heinz Melliger (FW) erinnerte in seinem Beitrag ebenfalls an den Investitionsberg, den Adliswil vor sich herschiebe, weil man in der Finanzkrise 2008 Investitionen aufgeschoben habe. Die Verschuldung steige bis auf 120 Mio. Franken. Er erwarte deshalb vom Stadtrat Vorschläge zu weiteren Einsparungen, neue Prioritäten und Verschiebungen von Investitionen, obwohl er die Investitionsverschiebungen aus der Vergangenheit ja gerade als die Ursache für den heutigen Investitionsberg identifiziert hatte. Ziel müsse sein, Adliswil möglichst schnell aus der hohen Verschuldung herauszubringen, ohne den Steuerfuss zu erhöhen. Eine Steuerfusserhöhung sollte nur als letztes Mittel eingesetzt werden.

Stadträtin Karin Fein (FW) erläuterte, dass man wegen der besonderen Situation in diesem Jahr zwei Runden für die Erarbeitung des Finanz- und Aufgabenplans benötigt habe. Überarbeiten musste man die Schätzungen der natürlichen Steuereinnahmen. Hier gebe es eine gewisse Unsicherheit, da man in der Stadtverwaltung nicht wisse, wie viele Adliswilerinnen und Adliswiler wegen der Pandemie in Kurzarbeit seien. Die Steuerausscheidungen, die man zunächst für 2021 erwartet habe, würden sich zum Teil nach hinten verschieben. Wegen der demnächst abgeschlossenen Investitionen werden die Abschreibungen in den kommenden Jahren steigen. Sie verteidigte die Pläne zur Steuerfusserhöhung, sie sei notwendig, um nicht in den kommenden Jahren auf Pump zu leben, indem man die Lücke bei den Steuereinnahmen durch Kredite schliesse.

Budget 2021

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Thomas Iseli (FDP), eröffnete die Eintretensdebatte. Er stellte fest, dass der Stadtrat die Zeichen der Zeit erkannt hat. Man erkenne das Bemühen, in allen Ressorts Ausgaben einzusparen. Aus seiner Sicht sei eine Steuerfusserhöhung für 2022 noch offen. Er erinnerte daran, dass die geplanten Investitionen in den vergangenen Jahren immer nur zu 50 bis 70 Prozent umgesetzt worden seien. Besonderes Lob hatte er für die Schule übrig (der Schulpräsident wird übrigens von der FDP gestellt). Das Budget im Bereich Bildung habe sich nur leicht erhöht, obwohl die Schülerzahlen markant gestiegen seien. Die Kosten pro Schüler seien im neuen Budget gegenüber 2020 um etwa 1'000 Franken (ca. 4,3 %) gesunken, was einerseits mit Skaleneffekten zu tun habe, andererseits aber auch Ergebnis weitsichtiger Planung sei. So seien die Schulhäuser trotz steigender Schülerzahlen zurzeit noch nicht ausgelastet. Bei der Ermittlung der Kennzahlen der 185 Schulgemeinden im Kanton durch das Volksschulamt konnte Adliswil den Platz 15 belegen, innerhalb des Bezirks Horgen sogar den ersten Platz. Iseli hob auch lobend hervor, dass die Kurse der Erwachsenenbildung nun endlich kostendeckend angeboten würden. Er erwartete für die kommenden Jahre weiterhin hohe Aufwendungen für den Verkehr. Die Rechnungsprüfungskommission unterstütze den Vorschlag des Stadtrates, den Steuerfuss für 2021 beizubehalten.

Daniela Morf (SVP) leitete ihren Beitrag mit den drohenden Worten ein: «Ihr wisst ja, was jetzt kommt.» Sie begrüßte die Verschiebung von Investitionen und sprach sich für stärkere Einsparungen anstelle einer Steuerfusserhöhung aus. Sie kritisierte die Mehrausgaben im Bereich Soziales in Höhe von 600'000 Franken im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Angesichts der drohenden hohen Arbeitslosigkeit kritisierte sie das Fehlen einer vorausschauenden Finanzpolitik und die ungebrochene Expansion. Die Schulden würden Adliswil noch lange begleiten und irgendwann zu einem bösen Erwachen führen. Sie kündigte an, dass die SVP-Fraktion das Budget nicht ablehnen werde, aber sie drohte mit Konsequenzen, wenn Kosten nicht drastisch reduziert würden.

Silvia Helbling (FDP) bezeichnete die Kritik der SVP als akzeptabel. Sie stellte aber fest, dass angesichts der Rahmenbedingungen eine sichere Prognose schwierig sei. Sparmassnahmen seien kurzfristig nicht so einfach umsetzbar, da grosse Teile der städtischen Ausgaben gesetzlich festgeschrieben seien. Wachstum bedeute zusätzliche Ausgaben, beispielsweise für Lehrpersonal. Die Sparmassnahmen des Stadtrates seien im

Budget nur schwer erkennbar, weil es nach der Umstellung auf die Rechnungslegungsmethode HRM2 keine Möglichkeit des Vergleichs mit den Vorjahren gebe. Sie begrüsste den Verzicht auf Einlagen in die finanzpolitische Reserve und kündigte die Zustimmung ihrer Fraktion zum Budget an.

Für die SP-Fraktion sprach Esen Yilmaz:

Zuerst sollten wir die Ertragsseite anschauen: Der Stadtrat prognostiziert in seinem Budget 2021 einen Ertragsüberschuss von Fr. 1,5 Mio. und dieser Überschuss soll vollumfänglich dem Eigenkapital gutgeschrieben werden und so den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung besser sicherstellen. Aufgrund der unsicheren Entwicklung der Steuererträge beantragt der Stadtrat trotz positivem Budgetergebnis 2021 keine Einlage in die finanzpolitische Reserve. Es werden Mindererträge beim Fiskalertrag von 7,5 Mio. Franken prognostiziert. Diese basieren auf Mindereinnahmen bei den ordentlichen Steuern der juristischen Personen. Wegen einer Verschiebung von Steuerauscheidungen, welche im Geschäftsjahr 2020 budgetiert waren, nun aber erst im Geschäftsjahr 2021 anfallen, wird das Gesamtergebnis 2021 voraussichtlich rund 1,2 Mio. besser als für das Jahr 2020 budgetiert ausfallen!

Nun die Aufwandsseite: Die Reduktion des Aufwandes im Budget 2021 ist hauptsächlich auf die tiefere Zahlung in den kantonalen Finanzausgleich von 5 Mio. Franken und dem Wegfall der Einlage in die finanzpolitische Reserve von 4,5 Mio. Franken zurückzuführen. Minderaufwendungen im Sach- und übriger Betriebsaufwand kompensieren sich mit Mehrkosten von 1,6 Mio. Franken beim Personal- und Abschreibungsaufwand. Letztere entstehen im Zusammenhang mit dem Bezug der neu erstellten Schulgebäude.

Fazit: Der Stadtrat kann das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht mit dem beantragten Budget 2021 gemäss eigener Angaben erreichen. Nach Verbuchung der Ergebnisse 2020 und 2021 wird das Eigenkapital Ende 2021 voraussichtlich den Betrag von rund 71 Mio. Franken erreichen.

Speziell erwähnen möchten wir die knappe 1 Prozent Kostensteigerung bei der Bildung, die vermutlich nicht reichen wird, da die Schülerzahlsteigerung bei über 6 Prozent liegt!

Aufgrund des budgetierten Ertragsüberschusses im Jahr 2021 sowie dem hohen Eigenkapitalbestand plant der Stadtrat für das Jahr 2021 einen unveränderten Steuerfuss von 100 Prozent.

Auch wenn der Stadtrat in der Prognose 2022 eine Steuerfusserhöhung auf 102 Prozent vorsieht, sollte das in dieser anhaltenden schwierigen finanziellen Situation gut überlegt werden. Der Stadtrat sollte die finanzielle Situation aller Bürger und der lokalen Unternehmen nicht vergessen, dessen Einnahmen auch sinken werden, und sie nicht zusätzlich damit belasten. Wir möchten an die «Zusatzkredite», welche im Rahmen ihrer Kompetenz vom Stadtrat bisher bewilligt wurden und hoffentlich für laufende Projekte nicht mehr nötig sein werden, erinnern. Denn muss der Hebel genau da angesetzt werden, wo die ausserordentlichen Ausgaben entstehen.

Stellt man dem Aufwand den Ertrag gegenüber, so lässt sich das Budget sehen und es lässt sich damit für die Zukunft planen. An dieser Stelle möchten wir dem gesamten Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit recht herzlich danken. Die SP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrates zur Festsetzung des Budgets 2021.

Laut Walter Übersax (CVP) hängt die Beibehaltung des Steuerfusses stark vom Budget für Bildung ab. Er bemängelte, dass es keine weitsichtige Planung der Digitalisierung im Schulbereich gebe, und erinnerte in diesem Zusammenhang an einen Vorstoss von Davide Loss (SP). Übersax bezeichnete das vorgelegte Budget als «Übergangsbudget» und erwartete Anpassungen durch die Annahme des Zusatzleistungsgesetzes und des Strassengesetzes.

Für Daniel Frei (FW) handelte es sich um ein «mutiges Budget». Er bezweifelte den Sinn einer Steuererhöhung um zwei Prozent, weil die Stadt sich damit nicht gesundstossen können wird. Er vertrat ähnlich wie die SVP die Ansicht, jedes Projekt auf Notwendigkeit und Auswirkungen hin zu überprüfen, und verwies auf die Privatwirtschaft, wo dies selbstverständlich sei. Er verschwieg jedoch, dass die öffentliche Hand wesentlich stärker als die Privatwirtschaft durch Gesetze gebunden ist. Ausserdem forderte er, es sei jede in

Anspruch genommene «zugemietete» Dienstleistung zu überprüfen. Er bezeichnete die tiefen Kreditzinsen als Gefahr und nannte als Beispiel den hochverschuldeten japanischen Staat.

Marianne Oswald (Grüne) erinnerte an das Sprichwort, dass man sich in guten Zeiten auf schlechte vorbereiten sollte. Sie kondensierte die bisherige Diskussion auf die zentrale Frage, ob man die Einnahmen steigern oder die Ausgaben reduzieren solle. Beides sei nicht ohne weiteres zu realisieren. Insgesamt sei das vorgelegte Budget jedoch ausgeglichen.

Stadträtin Karin Fein (FW) bedankte sich für die ausgewogene Diskussion und griff einzelne Themen daraus nochmals auf. Sie wies darauf hin, dass die Steuereinnahmen nur zu ca. 20 Prozent von juristischen Personen stammen, in erster Linie von einer Handvoll juristischer Personen. Daraus folge, dass es eine grössere Abhängigkeit von natürlichen Personen gebe. In Bezug auf die Steuerauscheidungen erläuterte sie, dass es auch nach dem Wegzug der Swiss Re noch über mehrere Jahre Steuerauscheidungen dieses Unternehmens in abnehmender Höhe geben würde.

In der Detailberatung der Einzelbudgets gab es keine weiteren Wortmeldungen. Das Budget wurde einstimmig ohne Enthaltungen genehmigt.

Verabschiedungen

Wie schon erwähnt schieden zwei Mitglieder des Gemeinderates aus. Anke Würli (CVP), die seit 2014 im Grossen Gemeinderat sass, wurde vom Gemeinderatspräsidenten und vom neuen Fraktionspräsidenten der CVP, Walter Übersax, verabschiedet. Martin Koller (SVP), seit 2005 im Grossen Gemeinderat und zuletzt Präsident der Einbürgerungskommission, war aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend.